

Nachrichten aus dem *netz*.



DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS GEGEN ARMUT

Nr. 126 | April - Juni | 2008

Leitartikel

Von Armut betroffene Menschen sollten sich nicht zwischen Essen und Heizen entscheiden müssen!

Ds herrscht allgemein Einigkeit darüber, dass ein Mensch in der Lage sein sollte, seine Wohnstätte zu heizen. Doch genau dies wird für viele von Armut betroffene Menschen schnell zu einem Luxus. Angesichts steigender Energiepreise wird die Frage, wie Energiearmut zu lösen sei, für die EU zu einer großen Herausforderung.

Energiearmut wird häufig so definiert, dass ein Mensch mehr als 10 % seines Einkommens für das Heizen seiner Wohnstätte ausgeben muss. Zwar stehen keine EU-Zahlen zur Verfügung, doch kann man am Beispiel Schottlands die Tiefe des Problems ermes- sen: Eine von drei Familien ist hier nicht in der Lage, ihr Zuhause angemessen zu heizen.

Bei Energiearmut geht es nicht nur um steigende Preise. Es müssen drei wesentliche Faktoren angegangen werden: Das Sicherstellen eines adäquaten Einkommens, faire Preise und eine Einschränkung des Verbrauchs durch größere Energieeffizienz. Energiearmut wurde zum ersten Mal in den 1970er- und 1980er-Jahren als ernstes soziales Problem genannt, als der Ölpreis anstieg, man gleichzeitig begann, die sozialen Sicherungssysteme zu schwächen und es zu einer ersten Liberalisierungs- und Privatisierungswelle auf dem Energiemarkt kam.

Das Energiepaket, das gerade von Rat und Parlament beendet wird, reagiert auf Energiearmut, doch wird diese Maßnahme ausreichen? Wenn die EU Energie nicht als grundlegendes Sozialrecht bestätigt und die universellen Gemeinwohlverpflichtungen für den Zugang zu bezahlbaren, kontinuierlichen und qualitativen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse nicht verteidigt, läuft die EU-Maßnahme Gefahr, zu versanden. Die EU muss soziale Prioritäten bestätigen und nicht nur die Interessen des Binnenmarktes. Von Armut betroffene Menschen erwarten, dass die EU unverzüglich handelt.

Fintan Farrell
Vorsitzender des EAPN



Schwerpunkt Energiearmut

INHALT



Schwerpunkt Ener-

giearmut

- Eine sofortige EU-Maßnahme gegen Energiearmut 2
- Indikatoren für Energiearmut werden dringend benötigt 2
- Energiearmut: Verschiedene Länder, verschiedene Ansätze 3
- Energiemarktmaßnahmen allein können Energiearmut nicht beseitigen □ Interview mit Eluned Morgan, Abgeordnete des Europäischen Parlaments 4
- Interessante Links 5
- Wohnungen, Energieeffizienz und Energiearmut 6
- Gewerkschaftskampagne gegen Energiearmut 6
- Arbeitsgruppe zu Energie und Armut (Flandern): Erfolge und Forderungen 7
- Liberalisierung, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und Energiearmut in Bulgarien ... 7
- Schottland: Beseitigung der Energiearmut bis 2016 8

Nachrichten aus Frankreich

- Das EAPN-Frankreich präsentiert vier Prioritäten für die französische EU-Ratspräsidentschaft 9
- Frankreich: Armut im Brennpunkt 9
- Soziale Dienstleistungen von allgemeinem Interesse: Die Ansicht des EAPN-Frankreich 10
- Impressum 11

Indikatoren für Energiearmut werden dringend benötigt

Zur Zeit gibt es weder eine allgemein anerkannte EU-Definition der Energiearmut, noch gemeinsame Daten oder Indikatoren.

Eine effektive Politik zur Bekämpfung der Energiearmut erfordert die Kenntnis der verschiedenen Situationen und die Identifizierung der betroffenen Menschen. Um die Entwicklung dieses Phänomens und die möglichen Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen zu bewerten, ist es entscheidend, Indikatoren zu besitzen, die die Zahl der betroffenen Haushalte errechnen können.

Das Vereinigte Königreich hat als einziger Staat Erfahrung mit der Anwendung eines Indikatorensystems speziell für Energiearmut.

Nationale Untersuchungen zu Haushaltsbedingungen präsentieren Daten zum Einkommen der Haushalte, zu ihrer Besteuerung, ihrem Heizsystem, dem Maß ihrer Isolierung und ihren Besonderheiten. Diese Untersuchungen sind zur Zeit die Hauptquelle für die Bewertung der Energiearmut in den EU-Mitgliedstaaten. Die Analyse der Ursachen für Energiearmut wird jedoch bei der Auswahl der Kriterien von entscheidender Bedeutung bleiben. Viele NRO fordern die Entwicklung integrierter Indikatoren, die die Angemessenheit von Einkommen, Tendenzen und Auswirkungen auf Preise, den Verbrauch und den Grad der Energieeffizienz messen.

Aktuell erfasst EUROSTAT über die Eurobarometer-Befragungen die Entwicklungen der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und die

Energiearmut

Eine sofortige EU-Maßnahme gegen Energiearmut !

Was ist eigentlich Energiearmut?

Energiearmut bedeutet, dass man nicht in der Lage ist, seine Wohnstätte angemessen zu heizen. Für von Armut betroffene Menschen kann dies bedeuten, sich "zwischen Essen und Heizen entscheiden zu müssen".¹ Vor dem Hintergrund des jüngsten Anstiegs der Öl- und Energiepreise um mehr als 30 % rückt dieses Problem jetzt in den Blickpunkt von Medien und Politik. Das Phänomen ist jedoch nicht neu, und die Lösungen hängen nicht nur mit den Energiepreisen zusammen. Sie sind ein Test, ob die EU unverzüglich handeln wird, um sicherzustellen, dass die Sozialrechte nicht durch die zügellose Expansion des Binnenmarktes in Gefahr geraten.

Fehlende EU-Definition, Daten und Indikatoren

Zur Zeit gibt es weder eine allgemein anerkannte EU-Definition der Energiearmut, noch gemeinsame Daten oder Indikatoren.

Der Eurobarometer-Bericht 2007 zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse hob hervor, dass im Jahr 2005 21,7 % der Haushaltsausgaben für Versorgungsleistungen (d.h. Brennstoffe und Wasser) aufgebracht wurden. Zwar heben einige Daten Schwierigkeiten hervor, die mit Rückständen bei Brennstoffrechnungen zusammenhängen (EU-SILC), doch scheinen die Zahlen nicht die Realität auf Mitgliedstaat-Ebene widerzuspiegeln.

Das Vereinigte Königreich hat eine Definition erarbeitet, die auf der Angemessenheitsanaly-

se der Weltgesundheitsorganisation beruht: "Energiearmut herrscht in einem Haushalt, der für das angemessene Heizen der Wohnstätte mehr als 10 Prozent seines Einkommens (einschließlich Wohngeld oder Einkommensunterstützung) für den gesamten Brennstoffverbrauch des Haushalts aufbringen müsste."

Als angemessenes Heizen werden 21 Grad Celsius in einem Wohnzimmer und 18 Grad Celsius in den übrigen Räumen angesehen. Auf Grundlage dieser Definition schätzt die Regierung des Vereinigten Königreiches, dass derzeit 2,9 Millionen Menschen von Energiearmut betroffen sind. Die Verbrauchervereinigung des Vereinigten Königreiches und Energywatch schätzen jedoch, dass diese Zahl bei über vier Millionen liegt.

Multidimensionale Ursachen und Folgen

Energiearmut ist auf eine komplexe Kombination von Faktoren zurückzuführen. Die drei wichtigsten sind hierbei: 1) Ein inadäquates Haushaltseinkommen; 2) Hohe Energiekosten sowie 3) Ein hoher Energieverbrauch aufgrund der Energieineffizienz der Wohnstätte und der Haushaltsgeräte.

Die Ungleichheit zwischen der Höhe der Haushaltseinkommen und den liberalisierten Preisen ist der wichtigste Faktor, wenn Heizkosten einen zu großen Teil der Einkommen verschlingen. Menschen mit niedrigerem Einkommen geben proportional gesehen einen größeren Teil ihres Einkommens für Energie aus als Menschen mit höherem Einkommen; außerdem verbringen sie mehr Zeit zu Hause, sei es aus Gründen des Alters, einer Behinderung, einer Krankheit, weil Geld

"Großbritannien hat die höchste Zahl vermeidbarer, auf Winterkälte zurückzuführende Todesfälle in Westeuropa", sagt Energywatch (Vereinigtes Königreich).

1) Kommentar eines Teilnehmenden des DAI-Workshops auf dem siebten Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen, Brüssel, Mai 2008

für das Ausgehen fehlt, sie arbeitslos sind oder kleine Kinder haben.

Dies bedeutet, dass steigende Preise die ärmsten Haushalte vermutlich am schlimmsten treffen. Noch bedenklicher ist, dass Familien mit niedrigem Einkommen häufig mehr Energie verbrauchen als reichere Haushalte, was auf die schlechte thermische Isolierung ihrer Wohnstätte und ineffiziente Heizvorrichtungen zurückzuführen ist.

Die unmittelbare Folge von Energiearmut ist die Verschuldung, da Menschen mit niedrigem Einkommen Rechnungen erhalten, die sie nicht bezahlen können. Noch schlimmer: Sie sehen sich häufig gezwungen, ihre Heizung zu drosseln oder ganz auszuschalten. Von Armut betroffene Menschen weisen darauf hin, dass die aktuellen Praktiken vieler Energiekonzerne (hauptsächlich nach einer Privatisierung von Versorgungsleistungen) diese Probleme noch verschärfen, indem Rechnungen, die auf dem tatsächlichen Verbrauch basieren, zu spät erstellt werden, falsche Rechnungen herausgehen und Rückzahlungen innerhalb unrealistisch kurzer Zeiträume gefordert werden.

Weitere Probleme bestehen in der aufgezwungenen Nutzung teurerer vorauszahlender Zähler oder Smart-Meter-Zähler. Im schlimmsten Falle schneiden die Konzerne Familien von der Energieversorgung ab, wodurch diese Familien ihr Recht auf Energie verlieren und in eine unbeschreibliche Notlage geraten.

EU-Maßnahmen und Energiearmut

Energie ist eine wesentliche Versorgungsdienstleistung und wird als Dienstleistung von allgemeinem Interesse definiert. Über den EG-Vertrag garantiert die EU die Erfüllung universeller Gemeinwohlverpflichtungen bei diesen Dienstleistungen und stellt sicher, dass sie zugänglich, bezahlbar und beständig sind. Dieses Recht wird im Lissabon-Vertrag in Protokoll 9 und Artikel 14 (Absatz 16) weiter gestärkt. In der Realität wird dieses Recht jedoch stark

untergraben, und zwar durch die zügellose Ausbreitung eines Binnenmarktes, bei dem die Vorherrschaft sozialer Rechte nicht sichergestellt ist. Die EU hat stets behauptet, dass die Liberalisierung zu besseren Dienstleistungen und niedrigeren Preisen führen wird. Bisher ist dies jedoch nicht eingetreten. Zur Zeit beendet

die EU das Energiepaket, das mit einer internen Regulierung der Gas- und Stromsektoren verbunden ist.

Zwar hat das Europäische Parlament wichtige Vorschläge für eine EU-Definition der Energiearmut und für die Erstellung nationaler Aktionspläne zur Energiearmut gemacht, doch führt die

fehlende objektive Debatte über die Gewinner der Liberalisierung und Privatisierung dieser Dienstleistungen zu einem immer größer werdenden Verlust an Glaubwürdigkeit.

Vorschläge, eine **unverbindliche EU-Charta** zu den Rechten der Energieverbraucher zu erarbeiten, haben wenig dazu beigetragen, Befürchtungen zu zerstreuen. Weitere Bedenken kommen auf, weil in den horizontalen Bewertungen, die zur Zeit zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse durchgeführt werden, unabhängige Untersuchungen der sozialen Auswirkung fehlen bzw. der Auswirkung, die die Liberalisierung auf von Armut betroffene Menschen hat.

Die Forderungen des EAPN

Viele EAPN-Netzwerke setzen sich für dieses Thema auf nationaler Ebene ein, und auf EU-Ebene reagierte das EAPN auf die Konsultation zur EU-Charta und betreibt zur Zeit Lobbyarbeit, um Einfluss auf die Vorschläge zur Energiearmut im neuen Energiepaket und auf die EU-Charta zu bekommen. Gemeinsam mit der Sozialen Plattform fordert das EAPN eine angemessene Bewertung der sozialen Auswirkung der Liberalisierung sowie eine Bewertung der Ergebnisse der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Vor dem neuen Hintergrund der steigenden Preise wird sich die Situation jedoch drastisch verschlechtern. Das EAPN fordert daher, dass die EU zu folgenden

In Bulgarien leben viele arme Haushalte in ehemaligen staatlichen Wohnungen mit altmodischen Bezirksheizsystemen, bei denen der Verbrauch und die Kosten der verbrauchten Energie kaum kontrolliert werden können.

Verbraucherzufriedenheit. Außerdem werden spezifische Studien zur Einschätzung des Preisanstieges und der Entwicklungen durchgeführt. Die Untersuchung der sozialen Auswirkung wird jedoch häufig kurz und knapp gehalten.

Die europäische Untersuchung EU-SILC 2005 (die jährliche Untersuchung zu Einkommen und Lebensbedingungen in der EU der 25 Mitgliedstaaten) ist ein wichtiges, doch zur Zeit beschränktes Instrument, um ein Bild der Energie auf europäischer Ebene zu zeichnen.

Audrey Gueudet
EAPN-Informationsbeauftragte

Energiearmut: Verschiedene Länder, verschiedene Ansätze

Die Energierichtlinie 2003/54 legt zwar einen Rahmen für Gemeinwohlverpflichtungen und für den Schutz verletzlicher Verbraucherinnen und Verbraucher fest, bietet jedoch keine Definition der Energiearmut. "Energiearmut" wird tatsächlich von den einzelnen Mitgliedstaaten und den Marktakteuren ganz unterschiedlich aufgefasst.

Für einige betrifft sie die Verbrauchergruppe, bei der staatliche Behörden etwa aufgrund einer schwierigen finanziellen Situation bereits ein Anrecht auf Hilfe festgestellt haben. Für andere wieder-

um ist Energiearmut eher die Auswirkung der Energiepreise auf eine Verbrauchergruppe mit einem hohen Konsum, bei der die Gefahr besteht, dass sie einen beträchtlichen Betrag ihrer Haushaltseinkommen für die Bezahlung der Energierechnungen aufbringen muss.

Konsequenzen werden je nach Gruppe unterschiedlich betrachtet, und die Entwicklungen der Energiepreise werden nicht immer als entscheidend angesehen.

In Belgien bieten ad hoc eingerichtete Programme ein Sicherheitsnetz gegen hohen Verbrauch und hohe Preise ("chèque mazout"); im Winter können Menschen Subventionen beziehen, die ansonsten nicht unbedingt Sozialleistungsempfänger sind.

Im Vereinigten Königreich wird eher der Begriff "Brennstoffarmut" als der Begriff "Energiearmut" verwendet. Um die Zugangsbedingungen für die Maßnahme gegen Energiearmut zu erfüllen, muss ein Kunde 10 % seines monatlichen Einkommens für Energierechnungen ausgeben.

In Schweden sieht der bevorzugte Weg vor, sich um "verletzliche Kunden" mittels eines Mechanismus zu kümmern, der auf kommunaler Ebene arbeitet. Kunden, die ihre Energierechnungen nicht bezahlen können, bekommen einen Energiegutschein.

Frankreich kümmert sich mittels eines Sozialtarifmechanismus um verletzte Kunden.

Italien garantiert Kunden, die Schwierigkeiten haben, ihre Energierechnungen zu bezahlen, eine Mindestversorgung.

A.G.

Punkten **unverzüglich handelt:**

- Das Recht auf Energie ist von der EU zu garantieren und ein neuer horizontaler EU-Rahmen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ist anzugehen.

- Anerkennung der komplexen Ursachen der Energiearmut und der Notwendigkeit integrierter Strategien, die unzureichende Einkommen korrigieren, Preise regulieren und die Energieeffizienz erhöhen.

- Die Verpflichtung, eine gemeinsame EU-Definition der Energiearmut zu erarbeiten sowie Daten und Indikatoren zu erstellen.

- Die Entwicklung nationaler Aktionspläne zur Bekämpfung der Energiearmut, bei denen die Umsetzung und Ergebnisse durch die Offene Methode der Koordinierung im Bereich Sozialschutz und Soziale Eingliederung überwacht werden.

- Die Annahme der EU-Charta zu den Rechten der Energieverbraucher als verbindliches Instrument.

- Einsetzung einer hochrangigen Task Force mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Generaldirektionen Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie Binnenmarkt und Verbraucherschutz, um einen sofortigen Aktionsplan gegen Energiearmut auf EU-Ebene zu entwickeln.

- Die Entwicklung einer unabhängigen sozialen Bewertung der Auswirkung der Liberalisierung und die horizontale Bewertung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, unter Einbeziehung von Menschen, die von Armut betroffen sind.

- Die Einbeziehung aller Akteure, einschließlich Verbraucherinnen und Verbraucher mit niedrigem Einkommen, der Sozialpartner, nationaler Regulierungsorgane und europäischer Instanzen bei der Gestaltung, Umsetzung und Bewertung politischer Lösungen.

Sian Jones (sian.jones@eapn.skynet.be)
EAPN, Verantwortl. Politik

"Energemarktmaßnahmen allein können Energiearmut nicht beseitigen"

Seit 1994 ist Eluned Morgan Abgeordnete des Europäischen Parlaments für Wales. Sie war Berichterstatterin bei der Antwort des Europäischen Parlaments auf den Vorschlag der Kommission zur Richtlinie für den Elektrizitätsbinnenmarkt.

Wie ernst ist das Problem Energiearmut in der EU?

Energiearmut wird wahrscheinlich mit weiter steigenden Energiepreisen zu einem immer größeren Problem. Dieses Thema muss einen festen Platz auf der EU-Agenda bekommen, da es von den meisten Mitgliedstaaten stillschweigend übergangen

wird. Aus den vorhandenen beschränkten Daten geht hervor, dass die Zahl der Menschen, die ihre Strom- und Gasrechnungen nicht mehr bezahlen können, groß ist und weiter wächst.

Was muss auf EU-Ebene getan werden?

Auf EU-Ebene müssen ganz klar Maßnahmen ergriffen werden, wenn die EU theo-



retisch ihren eigenen Energiebinnenmarkt hat. Ich bin der Ansicht, dass eine vollständige Liberalisierung des EU-Energiemarktes und eine stärkere Konkurrenz der beste Weg sind, Preise zu senken. Energiemarktmaßnahmen allein können Energiearmut jedoch nicht beseitigen. Nationale Regulierungsbehörden müssen mehr Machtbefugnisse erhalten, und die Zusammenarbeit innerhalb der EU muss intensiviert werden, damit für die Verbraucherinnen und Verbraucher ein effektiver Wettbewerb und bezahlbare Preise sichergestellt sind.

Es obliegt der EU, universelle Gemeinwohlverpflichtungen zu verteidigen und verletzte Verbraucherinnen und Verbrauchern zu schützen, insbesondere jene mit einem niedrigen Haushaltseinkommen. Auf EU-Ebene muss viel mehr getan werden, um einen besseren Zugang zu Informationen, Transparenz, eine Auswahl und ein stärkeres Bewusstsein für die erlangten Rechte sicherzustellen.

Einzugestehen ist Folgendes: Auch wenn Schritte zur Bekämpfung des Klimawandels unternommen werden, wird es wahrscheinlich zu einem Anstieg der Energiepreise kommen. Politisch hat die EU die Agenda auf den Klimawandel eingestellt, und sie sollte daher die Mitgliedstaaten anhalten, die Energieeffizienz über alle politischen Bereiche zu verbessern und Tarife zu fördern, die der Nachhaltigkeit und idealerweise auch dem Kampf gegen Energiearmut zugute kommen.

Die EU sollte die Mitgliedstaaten verpflichten, eine Definition der Energiearmut auf nationaler Ebene zu verabschieden und nationale Energieaktionspläne zu erstellen, die Maßnahmen zur sozialen Eingliederung und für Energieeffizienz beinhalten. Die Kommission sollte diese Aktionen überwachen sowie Daten und bewährte Verfahren koordinieren und weitergeben.

An welchen Maßnahmen zur Förderung einer besseren Regulierung sind Sie beteiligt?

Als Berichterstatteerin der Elektrizitätsrichtlinie habe ich versucht sicherzustellen, dass der Verbraucher im Mittelpunkt der Richtlinie steht

und dass das Thema Energiearmut auf die EU-Agenda kommt. Ich war an allen Berichten zum Energiepaket aktiv beteiligt und habe auch den Fortgang des Vorschlags der Kommission für eine Charta zu den Rechten der Energieverbraucher verfolgt.

Welche Ergebnisse werden erwartet und welche Maßnahmen können EAPN-Mitglieder ergreifen?

Am 17. Juni 2008 hat das Parlament die Elektrizitätsrichtlinie verabschiedet. Das Bewusstsein für das Thema Energiearmut zu schärfen ist unbedingt notwendig, um die Unterstützung des Parlaments und des Rates sicherzustellen. Es sollte Druck auf die Kommission ausgeübt werden, damit sie die Mitgliedstaaten und nationalen Regulatoren überwacht und Sanktionen über jene verhängt, die sich nicht an die Regeln halten. Das EAPN sollte weiterhin die Kommission und die französische EU-Ratspräsidentschaft drängen, ihre Follow-up-Vorschläge bezüglich der Mitteilung zur Charta zu den Rechten der Energieverbraucher und Vorschläge zur Bekämpfung der Energiearmut vorzulegen.

Interview: S. Jones
www.elunedmorgan.org.uk/

Bewertung der Energiearmut in Belgien, Spanien, Frankreich, Italien und dem Vereinigten Königreich (europäisches Projekt zur Energiearmut und Energieeffizienz):
http://www.fuel-poverty.org/files/WP2_D6_en.pdf



Interessante Links

- Die "English Fuel Poverty Indicator"-Website (englischer Indikator für Energiearmut):
<http://www.fuelpovertyindicator.org.uk/>

- Website von Energy Action Scotland:
<http://www.eas.org.uk/>

- Eurostat (2007): Consumers in Europe - Facts and figures on services of general interest (siehe Abschnitt über Energie und Wasser):
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-DY-07-001/EN/KS-DY-07-001-EN.PDF

- Spezielle Eurobarometer-Untersuchung: Services of General Interests (Juli 2007):
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_260_en.pdf

- Spezielle Eurobarometer-Untersuchung: Attitudes towards Energy (Januar 2006):
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_247_en.pdf

- ECORYS-Bericht (2006): General policy towards Services of General Economic Interest and Consumer Protection in the Energy Sector:
http://www.eapn.eu/images/docs/ecorys_energy_liberalisation_final_report.pdf

- Antwort des EAPN auf die Konsultation zur EU-Charta für die Rechte der Energieverbraucher
<http://www.eapn.eu/content/view/full/179/34/lang,en/>

Gewerkschaftskampagne gegen Energiearmut

EGÖD, der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (European Federation of Public Services Union, EPSU), vertritt u.a. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Gewerkschaften im Strom- und Gassektor und ist der Ansicht, dass Strom, Heizen und Beleuchtung als öffentliche Dienstleistungen und als soziales Recht anzusehen sind. Verschiedene EGÖD-Mitglieder führen auf nationaler Ebene eine Kampagne für das Recht auf Energie durch und/oder beteiligen sich an Plattformen gegen Energiearmut. Die Liberalisierung von Strom und Gas setzt öffentliche Dienstleistungen unter Druck. Die Folge sind instabile Preise, die Haushalte in die Energiearmut treiben können. Der EGÖD ist der Ansicht, dass Energiearmut auf nationaler und europäischer Ebene über konkrete Maßnahmen bekämpft werden muss. Der EGÖD arbeitet mit dem EAPN und CECODHAS zusammen, um die europäischen Institutionen zu überzeugen, dass europäische Maßnahmen nötig sind, damit alle Mitgliedstaaten das Problem angehen.

Die Europäische Kommission strebt auch eine eigentumsrechtliche Entflechtung an ("ownership unbundling"). Dies bedeutet, dass der Besitzer eines Netzes nicht gleichzeitig auch der Besitzer des Energieerzeugers sein darf. Der EGÖD ist gegen diesen Plan, da er Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusätzlich unter Druck setzt und nicht zu niedrigeren Preisen beiträgt. Der EGÖD befürwortet eine stärkere Reglementierung der Unternehmen, sodass sie die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht ausbeuten können und in ihrer Preispolitik transparent sind.

Wohnungen, Energieeffizienz und Energiearmut

Die Aufgabe der Anbieter von Sozialwohnungen besteht darin, Wohnungen zu bauen, zu verwalten und langfristig in diese zu investieren. Aufgrund dieses langfristigen Engagements haben Sozialwohnungen häufig eine bessere thermische Qualität als der allgemeine Wohnungsbestand.

Brennstoff, verbunden mit schlechten Wohnverhältnissen trifft arme Eigentümer am schlimmsten, die nicht über Mittel für die Renovierung verfügen sowie jene Menschen, die in Wohnungen des unregulierten privaten Mietsektors leben.

Trotz einiger ausgezeichneten Ansätze und Innovationen in Europa haben Sozialwohnungsorganisationen noch viel Arbeit vor sich, um ihren Bestand zu optimieren. CECODHAS ist über das europäische Energy-Intelligent Housing Network und durch die Organisation von Veranstaltungen zum Wissensaustausch an diesem Prozess beteiligt.

Verbesserung des Wohnungsbestands: Der technische Aufwand hält sich zwar in Grenzen, doch sind verstärkte Investitionen und Fortbildungen nötig.

Dach- und Speicherisolierung, Schaumisolierung, eine doppelte Verglasung, Energierückgewinnung durch Abwasser- und Belüftungssysteme, Kondensationsboiler, Energiesparlampen - Die Methoden haben sich bereits bewährt, doch ihre größere und schnelle Verbreitung erfordert einen intensiven Wissensaustausch, bedeutende Investitionen und entsprechend ausgebildete Fachkräfte, vor allem bei Arbeiten an bestehenden Gebäuden.

Pilotprojekte reichen nicht aus

Unter den vielen Pilotprojekten, die auf einer CECODHAS-Veranstaltung im April in Ancona vorgestellt wurden, war auch ein von einem britischen Wohnungsverband umgesetztes Projekt. Seine Ergebnisse zeigten, dass die Anwendung der oben genannten Maßnahmen und die Einführung der erneuerbaren Energie mittels geothermischer Heizpumpen und Solarzellen die CO₂-Emission um 75 % reduzierte und bei den Betriebskosten zu einer jährlichen Einsparung von 750 bis 1500 Euro führte.

Der Verband merkte an, dass dieses Projekt zwar im Falle der sechs beteiligten Haushalte ein großer Erfolg gewesen sei, doch wolle man das Ziel erreichen, die CO₂-Emission bis 2050 um 60 % zu reduzieren, müssten die genannten Maßnahmen allein im Vereinigten Königreich pro Jahr auf 450 000 zusätzliche Haushalte ausgeweitet werden.

Wenn es um die Energieeinschätzung geht - Wohnungen können nicht wie Kühlschränke behandelt werden - sind Partnerschaften mit den Bewohnern entscheidend

Verwalter von Sozialwohnungen sagen, dass man folgende Tatsache gar nicht überbewerten kann: Die Bewohnerinnen und Bewohner über Umweltschutzmöglichkeiten zu informieren und sicherzustellen, dass sie ein Mitspracherecht bei Renovierungsplänen haben, ist häufig genauso wichtig wie die Maßnahmen selbst.

Empowerment-Programme für Mieter gehören für finnische Sozialwohnungsgesellschaften zu den alltäglichen Aktivitäten: Mieter werden auf ehrenamtlicher Basis zu Energieexperten ausgebildet. In Flandern wiederum gibt es unterhaltsame Wettbewerbe für Familien, bei



denen es darum geht, wer am meisten Energie spart.

Eine schlechte thermische Effizienz ist nur ein Grund für Energiearmut. Weitere Ursachen sind hohe Brennstoffpreise und niedrige Haushaltseinkommen. Wohnungsverbände arbeiten daran, Preise zu senken, indem Energie "im Großhandel" eingekauft wird.

Um Mieter vor steigenden Preisen zu schützen, haben niederländische Wohnungsverbände (neben Energiesparmaßnahmen) einen Mechanismus eingeführt, der die Energiepreise für die Mieter senken soll: 130 Wohnungsverbände sind eine Partnerschaft eingegangen, um auf dem Energiemarkt für ihre Mieter als Makler aufzutreten. Das Projekt mit Namen WoonEnergie ist mittlerweile das größte Verbraucherkollektiv in den Niederlanden und umfasst 60 000 Haushalte. Ähnliche Projekte gibt es in ganz Europa.

Vorsicht ist besser als Nachsicht

Das Maklergeschäft ist nur ein kleines Teil vom Puzzle. Nötig ist eine kohärente Strategie, um Energiearmut auf EU-Ebene zu bekämpfen. Ein vorbeugender Ansatz wird gebraucht. Es reicht nicht, in hochentwickelte Systeme zu investieren, um Todesfälle zu erfassen, die im Winter oder Sommer auf Energiearmut zurückzuführen sind. Nötig ist, die thermische Ineffizienz der Haushalte jetzt zu bekämpfen und gleichzeitig die riesige CO₂-Spur des Wohnungssektors anzugehen.

Sorcha Edwards
CECODHAS

<http://www.cecodhas.org/>

Nationale und europäische Regulatoren haben die Macht, den Sektor zu regulieren. Im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher, und nicht nur im Interesse des Wettbewerbs, fordert der EGÖD, dass die Regulatoren ebenfalls überprüft und kontrolliert werden, und zwar durch das Europäische Parlament und durch eine Art Beratungsausschuss, bei dem Verbraucherinnen und Verbraucher mit niedrigem Einkommen, Gewerkschaften und weitere Gruppen vertreten sind.

Jan Willem Goudriaan
Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst

Website: www.epsu.org

Arbeitsgruppe zu Energie und Armut (Flandern): Erfolge und Forderungen

Die Arbeitsgruppe zu Energie und Armut wurde 1999 eingerichtet, und zwar aus Empörung darüber, dass von Armut betroffene Menschen von der Energieversorgung abgeschnitten wurden. Auf Grundlage von Vorschlägen von Verbänden, bei denen von Armut betroffene Menschen ein Mitspracherecht haben, wurde eine erste Zusammenfassung für die flämischen Behörden erstellt.

Erfolge:

- # Als im Jahr 2001 die Liberalisierung des Energiesektors angekündigt wurde, legte die Arbeitsgruppe bereits eine Empfehlung für die Vorbereitung des flämischen Dekrets vor.
- # Es wurden Fortbildungsprojekte unterstützt, um die negativen Auswirkungen des Gesetzes zu unterbinden.
- # Der Sozialtarif wurde herabgesetzt und

automatisch angeglichen. Die maximalen Sozialtarife sind nun halb so hoch wie die Marktpreise des günstigsten Anbieters.

Ein föderaler Vermittlungsdienst für Beschwerden wurde eingesetzt.

Der Zeitraum für das generelle Verbot, die Energieversorgung während des Winters zu kappen, wurde verlängert.

Die Kapazität der Haushaltszähler wurde von sechs auf zehn Ampere erhöht.

Bei der Ergänzung des Dekrets im Jahr 2007 wurde der Begriff "unwillig" in Zusammenhang mit der Nichtbezahlung von Rechnungen aus dem Gesetz gestrichen, und die Zahl der Situationen, die das Kappen der Energieversorgung rechtfertigen, wurde auf neun reduziert.

Forderungen:

Auf föderaler Ebene verlangt die Arbeitsgruppe, dass Rechnungen leichter lesbar sind.

Liberalisierung, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und Energiearmut in Bulgarien

Die Reformen der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse spiegeln die Schwierigkeiten und Misserfolge der bulgarischen Übergangszeit perfekt wider. Deregulierung und Liberalisierung führten zu ständigen Preisanstiegen.

In dem EU-Land mit den niedrigsten Einkommensniveaus gingen diese Reformen mit feierlichen Versprechungen Hand in Hand, Qualität, Effizienz und Effektivität zu verbessern. Stattdessen werden jedoch überall permanente und unerklärliche Preissteigerungen, eine sich verschlechternde Qualität, ungerechtfertigte Rechnungen, nebulöse Geldtransferkanäle und eine Kriminalisierung des gesamten Sektors vermeldet.

Tausende von Familien stehen vor der

schwierigen Wahl zwischen Heizen und Essen. Wenn sie versuchen, bestimmte Dienste zu kündigen, stellen sie fest, dass der Markt sehr speziell ist. Das Zentralheizungssystem kann beispielsweise nicht abbestellt werden, da "die Rohre durch die Wohnung verlaufen".

Es gibt einen erstaunlichen Mangel an Verantwortungsgefühl und Verantwortlichkeit der Unternehmen, außerdem werden die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht geschützt. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher würden zwar gerne die jeweiligen Gesellschaften verklagen, doch finden sie keine Anwälte, da diese der Ansicht sind, dass jede Aktion zum Scheitern verurteilt ist. Außerdem begünstigen die entsprechenden Gesetze die Anbieter. In der Zwischenzeit wurde der ehemalige Vorstand der Heizdienste der Stadt Sofia zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren verurteilt, da er Verträge in Höhe von fast 19 Millionen Euro nicht angegeben hatte.

Anstatt die Umsetzung von Investitionsprogrammen und Wirtschaftlichkeitsnormen zu überwachen sowie Preisobergrenzen durchzusetzen, die den Einkommen entsprechen, handelt die staatliche Kommission für Energie- und Wasserregulierung Preise auf Grundlage der eigenen Bilanzen der Unternehmen aus, die auf Spekulationen und Kartellabsprachen basieren.

Maria Sotirova
EAPN-Bulgarien



Darüber hinaus wird für das allgemeine Recht auf Energieversorgung gearbeitet, das mit einem generellen Verbot der Energieabschaltung verbunden sein muss. Dies wäre durch eine Anpassung des kostenlosen Grundpaketes von 100 kWh möglich. Die Regierung ist dafür offen, die Wattleistung auf

Schottland: Beseitigung der Energiearmut bis 2016

In Schottland ist fast einer von drei Haushalten von Energiearmut betroffen, was bedeutet, dass die Menschen Schwierigkeiten haben, ihre Wohnstätte zu heizen und ihre Energierechnungen zu bezahlen. Die offizielle Energiearmutsdefinition des Vereinigten Königreichs lautet, dass ein Haushalt mehr als zehn Prozent seines Einkommens für den Brennstoffverbrauch ausgeben muss, der nötig ist, um anerkannte Heizstandards zu erreichen.

Von Energiearmut sind insbesondere alte, sehr junge oder kranke Menschen und Geringverdiener betroffen. Die Folgen sind u.a. Kälte, Unannehmlichkeiten, Schulden und ein schlechter Gesundheitszustand.

Energiearmut hat drei Hauptursachen: Die Energieineffizienz der Wohnstätte, der hohe Preis der Energie für den Haushalt und ein niedriges zur Verfügung stehendes Haushaltseinkommen.

Nachdem das Problem parteiübergreifend anerkannt wurde, folgte eine Reihe von Initiativen. Jedes Land des Vereinigten Königreichs hat eine gesetzlich bindende Frist, um Energiearmut zu beseitigen. In Schottland endet diese Frist im Jahr 2016.

Zu den Initiativen gehören Programme für die Installation von Zentralheizungssystemen

das Niveau eines Paketes zu erhöhen, das "zum Wohnen geeignet" ist.

Mieke Clymans
Sozialarbeiterin

In Zusammenarbeit mit Verbänden, bei denen von Armut betroffene Menschen ein Mitspracherecht haben.

und für die Isolierung der Wohnungen älterer Menschen sowie sämtlicher Wohnungen des Sozialwohnungsbereichs. Menschen über sechzig erhalten jährlich eine Winterbrennstoffzahlung. Energiekonzerne stehen unter Druck, spezielle Dienstleistungen und niedrigere Tarife für verletzte und für von Energiearmut betroffene Verbraucherinnen und Verbraucher anzubieten.

In Schottland wird zur Zeit eine Bewertung der Fortschritte gefordert. Als Reaktion auf die Forderungen von Akteursgruppen und infolge einer internen Bewertung seitens der Regierung, wurde jetzt ein schottisches Energiearmutsforum mit einem unabhängigen Vorsitzenden beauftragt, die Programme zu bewerten und den zuständigen Ministerien bis zum Herbst Bericht zu erstatten.

Zu den Punkten, die für eine Berücksichtigung hervorgehoben wurden, zählt die Notwendigkeit, sich auf die am hilfsbedürftigsten Menschen zu konzentrieren und beispielsweise die Hilfe für die Installation eines Zentralheizungssystem auf Familien mit einem niedrigen Einkommen und einem behinderten Kind auszuweiten.

Elizabeth Gore
Energy Action Scotland

Website: www.eas.org.uk

Nachrichten aus FRANKREICH

Das EAPN-Frankreich präsentiert vier Prioritäten für die französische EU-Ratspräsidentschaft

Aktuell hat das EAPN-Frankreich zusammen mit den anderen EAPN-Netzwerken in Europa vier Ziele für die französische EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2008.

1) Jene Menschen, die vom Arbeitsmarkt am weitesten entfernt sind, sollen die Chance erhalten, eines Tages wieder Arbeit zu bekommen.

Diese Menschen dürfen nicht als beschäftigungsunfähig abgestempelt werden.

2) Die verletzlichsten Menschen sollen einen Anspruch auf ausreichende, feste und vorhersehbare Mittel bekommen, und zwar über ein angemessenes Mindesteinkommen.

Die Menschenwürde der Betroffenen ist anzuerkennen, indem mit ihnen gearbeitet wird, um Maßstäbe zu setzen, damit das Mindesteinkommen sie nicht zu Bürgerinnen und Bürgern zweiter Klasse abstempelt, sondern die Eingliederung fördert. Was angemessen ist, kann nur mit Bezug auf die Betroffenen und ihre Erfahrungen bestimmt werden.

Das jüngst entwickelte und sich gerade in der Probephase befindende Solidaritätseinkommen RSA (Revenu de Solidarité Active) muss in dieser Hinsicht genau beobachtet werden.

3) Ein Recht auf ein Angebot qualitativer sozialer Dienstleistungen für alle, wobei die verletzlichsten Menschen zu unterstützen sind.

Werden nicht nur Gesundheitsdienste,

sondern auch Sozialwohnungen, die Kinderbetreuung und persönliche Hilfsdienste herausgenommen, könnten diese Bereiche unter die Wettbewerbsregeln fallen. Die staatliche Unterstützung, die diese Dienste zur Zeit erfahren, wäre dann illegal. Das Dienstleistungsangebot müsste dann zwangsweise profitabel werden, indem es die am stärksten von Armut betroffenen Menschen von seinen Diensten ausgrenzt. Dabei besteht doch Ziel und Zweck dieser Angebote eben darin, speziell diesen Menschen zu helfen.

Sozialwohnungen spielen auf den Agenden vieler europäischer Länder eine große Rolle. Damit "niemand auf der Straße leben muss", ist jedoch wirkliches Handeln gefragt.

4) Den Ansichten verletzlicher und von Armut betroffener Menschen sollte bei der Entwicklung von Maßnahmen, die sie angehen, mehr Beachtung geschenkt werden, denn auch sie sind "Experten" auf diesem Gebiet.

Die verschiedenen sozialen Akteure (von Armut betroffene Menschen und Sozialdienstleister) haben die Gelegenheit, auf regionalen und nationalen Treffen zusammenzukommen, um frei und mit Respekt vor den Äußerungen der anderen Ansichten zu diskutieren und auszutauschen.

Abgesehen von den Austauschmöglichkeiten bieten die angegangenen Themen eine Basis für Beobachtungen, für die Besprechung offizieller Dokumente und Texte (z.B. NAP/Eingl.) und für die Entwicklung von Vorschlägen, die politischen Entscheidungsträgern und

FRANKREICH:

Armut im Brennpunkt:

In Frankreich betrug die monetäre Armutschwelle (die sich auf 60 % des Einkommens-Mittelwertes bezieht) im Jahr 2005 817 Euro pro Monat, d.h. in diesem Jahr waren 7,1 Millionen Menschen in 3 Millionen Haushalten offiziell arm.

Zwischen 1996 und 2004 ging die Armut zwar zurück, doch ist sie seither wieder im Anstieg begriffen. Die Zahl der Menschen, die Sozialhilfe beantragen, steigt stetig (Ende 2005 waren es 3,5 Millionen). Die Mindesteinkommen der reichsten fünf Prozent stiegen viel schneller als jene der ärmsten fünf Prozent, und diese Zahlen spiegeln nicht die immer größer werdende Kluft bei den Einkommen unterhalb der Armutschwelle wider, speziell bei den Einkommen junger Menschen und allein-erziehender Mütter.

Befristete Beschäftigungen sind eine stärkere Ursache für Einkommensungleichheiten als die Lohnsätze, und vierzig Prozent der Angestellten müssen jedes Jahr feststellen, dass ihre Gehälter sinken. Die Diskussion über Ausgaben für grundlegendste Dinge (Wohnung, Energie, Verkehrsmittel, Essen) bestärkt den Eindruck, dass sich Armut ausbreitet.

Das Problem ist vor allem eines der Politik: Trotz aller schönen Reden ist festzustellen, dass die staatlichen Maßnahmen zum Kampf gegen Ausgrenzung ihre Aufgaben nicht erfüllen. Die Arbeitslosigkeit betrug im ersten Quartal 2008 7,5 % - diese Zahl wurde schon einmal vor 25 Jahren erreicht.

Außerdem hält Frankreich seine im Rahmen der Sozialcharta des Europarats eingegangenen Verpflichtungen nicht ein. Zwei jüngst vom europäischen Ausschuss



für soziale Rechte veröffentlichte Entscheidungen greifen die offensichtliche und anhaltende Unzweckmäßigkeit der staatlichen Mechanismen heraus, die den ärmsten Mitgliedern der Gesellschaft Zugang zu Sozialwohnungen bieten sollen.

Olivier Marguery
Präsident EAPN-Frankreich

Regierungsbehörden vorgelegt werden, um an der Gestaltung und Bewertung der sozialpolitischen Maßnahmen teilzunehmen.

Im Blickpunkt: EAPN-Frankreich

Das EAPN-Frankreich umfasst nationale gemeinnützige Organisationen und regionale NRO-Gruppen des gemeinnützigen sozialen Bereichs, darunter einige weit verbreitete und vielseitige institutionelle Dienstleistungsanbieter.

Diese regionalen gemeinnützigen Organisationen und Bündnisse fördern die Eingliederung der verletzlichsten Gruppen über die Bereiche Wohnen, Beschäftigung und Einkommen sowie über Sprachkurse

und Freizeitaktivitäten. UNIOPSS, die Mitbegründerin des EAPN-Frankreich, fungiert als Vizepräsidentin. Der Verwaltungsrat umfasst zur Zeit die Fondation de l'Armée du Salut (Stiftung Heilsarmee, die aktuell die Präsidentschaft inne hat), Secours Catholique, CSP, FNARS, La Clède, CAIO Bordeaux, les Petits frères des Pauvres, UNIOPSS, Solidarités Nouvelles face au Chômage, URIOPSS Languedoc Roussillon, Nord Pas de Calais und Champagne Ardenne.

Jeanne Dietrich
EAPN-Frankreich

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.eapn-france.org/

Soziale Dienstleistungen von allgemeinem Interesse: Die Ansicht des EAPN-Frankreich

Auf europäischer Ebene wurde ein Prozess zu Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse in Gang gesetzt, um die Bedingungen zu klären, bei denen das europäische Wirtschaftsrecht anzuwenden ist.

2006 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung zu den Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse, die sich nicht mit der Lage der Gesundheitsdienste befasste, sondern für diese eine spezifische Initiative versprach. Soziale Akteure sind jedoch der Meinung, dass Gesundheitsdienste von allgemeinem Interesse in einer künftigen Richtlinie zu den Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse berücksichtigt werden müssen.

Am 19. Oktober 2007 wurde der Lissabon-Vertrag angenommen. Er beinhaltet zwei große Änderungen:

Protokoll 9 zu den DAI erkennt die wichtige Rolle und den weiten Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden in der Frage an, wie Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) zur Verfügung zu stellen, in Auftrag zu geben und zu organisieren sind.

Artikel 14 zählt die DAWI zu den gemeinsamen Werten der Union.

Die Kommission nutzt jetzt diesen angeblichen Fortschritt, um die Diskussion zu beenden und sich auf die Revision des Binnenmarktes zu konzentrieren.

Wie glaubwürdig ist aber, dass sich Europa um seine Bürgerinnen und Bürger - speziell die verletzlichsten - kümmert, wenn die Kommission Abstand nimmt?

Soziale Akteure forderten, dass die Annahme des Lissabon-Vertrags den Entwurf einer geeigneten Verordnung für

die Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse beschleunigt, doch wie wird sich das in Irland im Referendum zum Vertrag in dieser Hinsicht auswirken?

Gemeinnützige Sozialnetzwerke müssen die französische EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um auf eine europäische Agenda zu drängen, die die Annahme eines spezifischen gesetzlichen Rahmens für Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse (SGDAI) vorsieht; außerdem müssen sie die Anerkennung sicherstellen, dass der Bereich Dienste von allgemeinem Interesse auf nichtkommerzieller Basis im Auftrag der Behörden zur Verfügung stellt.

Die französische EU-Ratspräsidentschaft plant eine Konferenz zu den SGDAI, um Qualitätsfragen zu besprechen, doch angesichts der rechtlichen Unsicherheit, in der sich die SGDAI befinden, reicht dies nicht aus. Die Frage der Rechtssicherheit, aber auch die der Umstellung auf die Dienstleistungsrichtlinie, wartet daher weiterhin auf eine Antwort.

Das Problem besteht darin, dass vom Staat (oder von beauftragten Anbietern) zugesicherte soziale Dienstleistungen in den Bereichen Sozialwohnungen, Kinderbetreuung und persönliche Hilfsdienste nur dann ausgenommen werden, wenn sie von den Behörden beauftragt wurden, d.h. es sich eher um eine Verpflichtung als um eine Genehmigung handelt, eine im Voraus festgelegte Dienstleistung zu erbringen.

All diese Dienstleistungen würden in Frage gestellt werden, wenn ihre Aufgabe von allgemeinem Interesse nicht gebührend anerkannt wird. In diesem Szenarium würde die Dienstleistungsrichtlinie angewandt werden, doch die öffentlichen Mittel, die diese Dienstleistungen am Leben erhalten, würden illegal werden, da sie gegen den freien Wettbewerb verstoßen. Ohne diese Mittel jedoch würden die ärmsten Mitglieder der Gesellschaft von den Dienstleistungen ausgeschlossen, da diese zwangsweise rentabel sein müssten.

Die Regierungen müssen der Kommission Ende Dezember einen Bericht vorlegen. Solange hat der soziale Bereich Zeit, aufzuzeigen, dass der aktuelle rechtliche Rahmen die geforderte Aufgabe in allen Punkten erfüllt oder die Regierungsstellen dazu zu bringen, die Regulierungsrahmen so anzupassen, dass sie mit den neuen europäischen Forderungen vereinbar sind.

Das EAPN muss sich mit seinem ganzen Gewicht dafür einsetzen, dass die anerkannte Aufgabe von allgemeinem Interesse, die zivile Organisationen und Unternehmen verfolgen, berücksichtigt wird. Es geht nicht mehr einzig und allein um Rechtssicherheit für die SGDAI, sondern um ihr Überleben als Schlüsselement im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Michel Mercadie
EAPN-Frankreich



Surf mal bei ...

www.eapn.eu



Nachrichten aus dem Netz möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an team@eapn.eu

Chefredakteur: Fintan Farrell

Verantwortliche für die Veröffentlichung: **Audrey Gueudet**

EAPN, Square de Meeûs 18 - B-1050 Brussels
Tel.: +32 2 226 58 50 - Fax: +32 2 226 58 69
E-Mail: team@eapn.eu - Website: www.eapn.eu

Mit Unterstützung

- der Europäischen Kommission und
- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend